

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Nachrichten Dresden
Verleger: Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgelehrte: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. Mai 1927 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mk.
Vollabonnementspreis für Monat Mai 3 Mark ohne Postgebühren.
Einzelnnummer 10 Pfennig
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet: die einseitige 30 mm breite
Zeile 30 Pf., für answärts 40 Pf., Familienanzeigen und Zeitungsleute ohne
Rabatt 15 Pf., außerhalb 20 Pf., die 90 mm breite Reklamzeile 30 Pf.,
außerhalb 20 Pf., Offertensätze 30 Pf., Ausw. Aufträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/42
Druck u. Verlag von Viehig & Reichardt in Dresden
Vollständig-Ronto 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachr.“ zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Konditorei Limberg
Prager Straße 10
Behagliche, neuzeitliche Räume bieten angenehmen Aufenthalt
Gebäcke, Torten und Eisbeiseln sind erstklassig und preiswert

Koffer
Einfach
Walzen-
mechanik 23

Druckfachen für Handel und Gewerbe
Schnelle Lieferung = Beste Ausführung
Buchdruckerei Viehig & Reichardt
Fernsprechnummer 25241 - - Marienstraße Str. 38/42

Wendung Amerikas gegen Sowjetrußland.

Coolidge will schrittweise Abrüstung und scharfe Maßnahmen gegen bolschewistische Umtriebe.
Zuspitzung der Krise in Ägypten. — Graf Westarp über die politische Lage. — Ozeanflugpläne Junkers'.

Ein angelfächischer Block gegen Moskau.

Newport, 30. Mai. Präsident Coolidge hielt heute auf dem Kriegesgefangenenfriedhof in Arlington aus Anlaß des Kriegesgefangenengedenktages eine Rede, in der er erneut für die Beschränkung der Rüstungen eintrat und u. a. erklärte: „Es ist die feststehende Politik unserer Regierung, mit anderen Nationen nicht auf der Grundlage der Gewalt und des Zwanges zu verkehren, sondern auf der Grundlage der Verständigung und des guten Willens. Dessen ungeachtet sei die Notwendigkeit nicht zu verkennen, in militärischem Sinne vorbereitet zu sein. Obgleich wir fest davon überzeugt sind“, führte der Präsident u. a. aus, „daß es durchaus durchführbar und möglich ist, unsere militärischen Kräfte in ihrer Größe durch internationale Abkommen zu begrenzen, würden wir, wenn wir in ihre Abschaffung willigten, uns zunächst nur Angriffen und schließlich der Vernichtung aussetzen.“ Nachdem der Präsident dann vor dem Geist der Annahme oder der Geringschätzung gegen andere Nationen gewarnt hatte, verwies er auf die amerikanischen Bemühungen, wann immer vernünftigerweise Rüstungsbeschränkungen. Wenn man auch anerkennen müsse, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen in der Welt der Wunsch, das Element der Gewalt und des Zwanges durch internationale Abkommen zu beseitigen, ein Ideal sei, das nicht sofort verwirklicht werden kann, so solle man doch sich entschließen, Schritt für Schritt auf jedem gangbaren Wege diesem Ziel zuzustreben. Im Anschluß hieran betonte der Präsident die Notwendigkeit von

Ruhe und Ordnung im Innern.
die noch wesentlich seien, als die Fragen der Außenpolitik. „Wenn wir“, so erklärte er, „blindsightig der Forderung von Ordnung und Gesetz, von Ruhe und Verständigung, in der Welt einen Einfluß ausüben wollen, so müssen wir entschlossen sein, die Opfer darzubringen, die notwendig sind, um diesen Geboten gemäß zu Hause zu leben. Sollte unser Land zum Zummelpfad von Reuten werden, die Verbrechen und Gewalttätigkeiten gegen die bestehende Ordnung und unser arbeitstüchtiges Volk begehen, so müßte im Interesse der Selbst-erhaltung die Verfassung, der Grundstein unserer Union, geändert werden, um den Mißbrauch der persönlichen Freiheit einzuschränken.“
In politischen Kreisen hat der letzte Teil der Rede des Präsidenten besonderes Interesse erweckt im Zusammenhang mit der Tatsache, daß im englischen Weltbuch über die Haus-führung bei der Arcos die Adressen amerikanischer Kommunisten genannt sind. (W. T. B.)

Das Echo aus der Pariser Bolschaff.

Paris, 30. Mai. Der amerikanische Botschafter Herrick hat anläßlich der Feier des amerikanischen Erinnerungstages auf dem amerikanischen Militärfriedhof eine Rede gehalten, in der er ausführte: Der Fall Rußland ist das tragischste Beispiel eines moralischen Zusammenbruchs, den die Geschichte gekannt hat. Die zivilisierten Nationen stehen vor einem neuen Regierungsexperiment, das im Namen des Volkes ausgetübt wird, einer Regierung, die der gesamten Welt bis jetzt intransigenter und drückender erschienen ist, als irgendeine der früheren Despoten. Wir Amerikaner können nicht ruhig

eine Horde von Reuten handeln lassen, die sich zu Herren einer lebenswürdigen und begabten Rasse gemacht haben und die mit teuflischem Geschick unseren Bürgern ein bössartiges Gift einspielen und die Institutionen zu untergraben suchen, die unserem Kontinent Wohlstand und Glück verschafft haben. Wir denken nicht daran, das bolschewistische Regime in Rußland anzugreifen, aber wir weigern uns, den Führern Sowjetrußlands Mittel und Gelegenheit zu geben, uns zu vergiften.

Sondertagung des Moskauer Rätekongresses?

Moskau, 30. Mai. Nach Meldungen aus Moskau sind dort Gerüchte über die Einberufung einer außerordentlichen Tagung des Rätekongresses verbreitet. Diese Meldungen haben sich jedoch bisher noch nicht bestätigt. Es wird darauf hingewiesen, daß eine solche Einberufung nur im Falle einer Krisenerklärung möglich sein würde. Kriegsminister Woroschilow hat dem Rat der Volkskommissare über die Ergebnisse seiner Inspektionsreise berichtet, worauf der Rat beschloß, weitere Anträge von militärischen Anordnungsorganen im Ausland annehmen. Die Truppen der S. P. U. sind dem Kriegsministerium unterstellt worden. Die Mobilisierung der Anbauernunternehmen ist noch nicht angeordnet worden, obgleich der Plan für eine solche Durchföhrung bereits fertiggestellt ist.

Norwegen Englands Vertreter in Moskau.

Das Ancebot Chamberlains angenommen.
London, 30. Mai. Die Reuter mitteilt, hat sich die norwegische Regierung bereit erklärt, die britischen Interessen in Rußland zu vertreten. (W. T. B.)

Die Arcos kommt nach Deutschland.

Berlin, 30. Mai. Der hiesige russische Botschafter hat jetzt beim Auswärtigen Amt offiziell den Antrag auf Einreise-erlaubnis für die Mitglieder der Londoner Arcosgesellschaft gestellt, und zwar mit der Begründung, daß die Gesellschaft ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu England abwickeln möchte. Die Einreiseerlaubnis ist daraufhin erteilt worden.
Wie weiter bekannt wird, werden die Anträge bei der Deutschen Botschaft in London gestellt werden. Es wird ihnen bis zu einer Höchstzahl von 120 und für die Dauer von längstens sechs Wochen entsprochen werden.

London, 30. Mai. Der russische Geschäftsträger Rosen-

golz richtete an den Minister des Auswärtigen, Chamberlain, ein Schreiben, in dem er für die leitenden russischen Mitglieder der Arcos-Verwaltung und der anderen russischen Wirtschaftsorganisationen und ebenso für gewisse Abteilungsleiter und Angehörige des Personals die Erlaubnis verlangt, zur Durchführung der Liquidation der betreffenden Organisationen sich noch weiterhin in Großbritannien aufzuhalten. Rosengolz erklärte in seinem Schreiben weiter, wenn diese Erlaubnis nicht bewilligt wird, werde von russischer Seite die Weisung zu sofortiger Liquidation ergehen und die Verantwortung für alle dadurch verursachten Schädigungen werde auf die englische Regierung fallen.

Der prolongierte Juniwechsel.

Die interfraktionelle Besprechung, die am Sonnabend zwischen den sächsischen Regierungsparteien und den Deutschnationalen stattgefunden hat, war die letzte vor dem drohenden Verfall, den der 1. Juni für die sächsische Regierung darstellt. Und wenn man auch an diesem Tage wieder ohne tragendwichtige positive Beschlüsse auseinandergegangen ist, dann kann man nur den Kopf schütteln über die eigenartigen Blüten, die die latente sächsische Regierungskrise treibt. Die Aufgabe war seit fünf Monaten klar gestellt: Am 10. Januar d. J. haben bei der Bildung der letzten von den Altsozialisten bis zur Deutschen Volkspartei bunt zusammengewürfelten Regierung die vier bürgerlichen Regierungsparteien aus freien Stücken den Deutschnationalen einen Wechsel ausgeteilt, dessen Einlösung zwar unbequem sein mag, aber doch nicht zu umgehen ist. Die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei, die Demokraten und die Volksrechtspartei haben sich schriftlich zum Rücktritt ihrer Minister verpflichtet, falls bis zum 1. Juni keine Einigung über den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung erzielt sei. Gleichzeitig sollte eine Beschränkung der Anzahl der Ministerien von sieben auf fünf erfolgen. Fünf Monate haben also Regierung und Fraktionen Zeit gehabt, die Einlösung dieses Wechsels vorzubereiten. Jetzt ist der Termin da. Erreicht aber ist nicht, als daß man die Krise vertagt hat. Jedenfalls bedeutet der einzige Beschluß der interfraktionellen Besprechung vom Sonnabend, die Verhandlungen am Donnerstag fortzusetzen, nichts anderes, als daß die Deutschnationalen den Wechsel prolongiert haben, daß sie vor der Hand auf den Rücktritt der Regierung am 1. Juni verzichten, um alle Möglichkeiten einer Einigung auszuerschöpfen. Niemand kann verkennen, daß darin ein neues weitgehendes Entgegenkommen der Deutschnationalen liegt, denn sie verzichten damit auf ein starkes, in dem an den Tag gebundenen Rücktrittstermin liegendes Druckmittel. Man wird darin also einen Beweis dafür zu erblicken haben, daß den Deutschnationalen nichts ferner liegt als eine Krisenmache. Um so größer wächst infolgedessen die Verantwortung der beteiligten anderen Parteien, nunmehr endlich die ganze leidige Angelegenheit in etwas beschleunigtem Tempo zu behandeln und zu positiven Beschlüssen zu kommen, da einmal natürlich kein Wechsel auf unbestimmte Frist verlängert werden kann, andererseits aber Sachien im gegenwärtigen Augenblick nichts weniger vertrauen kann als eine Verhinderung der Regierungsbearbeitung durch eine höchst überflüssige Regierungskrise.

Man hat es also bei den Demokraten offenbar mit einem Gegenlag zwischen den Mitgliedern der Fraktion, die sich an ihr Verprechen gebunden halten und die die Verhandlungen mit den Deutschnationalen führen, und einem linken Flügel zu tun, der die Einigung nicht will und der von starken Kräften aus dem Lande gestützt wird. Dieser linke Flügel scheint nun einen gewissen Auftrieb durch das Ergebnis des Räter Parteitages der Sozialdemokraten erhalten zu haben, der bekanntlich eine glatte Niederlage der sächsischen Radikalen gebracht hat. Offenbar wittern die Demokraten infolge dieses Ergebnisses für ein Zusammengehen mit den linkssozialistischen Morgenluft. Wir lassen es dahingestellt, ob bereits Fäden von den Demokraten zu den linkssozialistischen laufen, wie es behauptet wird. Auf jeden Fall aber ist es bemerkenswert, daß die linkssozialistische „Dresdner Volkszeitung“ sich im Anschluß an eine Auslassung der demokratischen „Neuen Leipziger Sta.“ bereits mit der Möglichkeit einer Koalitionsbildung mit bürgerlichen Parteien befaßt. Daß es dem Volk damit sonderlich ernst ist, wird man um so weniger annehmen können, als die sächsischen Radikalen sicherlich nicht leichten Herzens gehorsam das über Bord werfen werden, was sie seit drei Jahren gegen die Koalitionspolitik an starken Grundstößen ins Treffen geführt haben und was der Grund für die Spaltung der Sozialisten in Sachsen gewesen ist. Sie scheuen sich lediglich, dem Gebot des Parteitages — Differenz hat bekanntlich die strikte Forderung nach einer sozialistischen Regierungsbeteiligung in Sachsen formuliert — sich offen zu widersetzen und wollen natürlich keine günstige Gelegenheit vorbeigehen lassen, der an sich schon schwierigen Regierungsbildung durch Belegung linksdemokratischer Hoffnungen Animpel zwischen die Beine zu werfen. Im übrigen weist die „Dresdner Volkssta.“ darauf hin, daß zu einer Mehrheit auch die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei notwendig seien, läßt aber kaum einen Zweifel an der Abneigung, mit diesen Parteien in eine Regierung zu geben, wenn sie auch die Frage anschnidet, welchen Preis die bürgerlichen Parteien zu zahlen bereit seien. Aber selbst wenn die linkssozialisten

Englische Kriegsschiffe nach Ägypten unterwegs.

Die ägyptische Krise.

London, 30. Mai. Die innerpolitische Krise in Ägypten als Folge der ablehnenden Haltung der Jagul-Partei gegenüber der Armeeverlagerung hat sich weiter verschärft. Der britische Oberkommissar wurde gestern erneut von König Abdul empfangen, dem er mitteilte, daß er von seiner Regierung eine Antwort in der Frage der Reorganisation der ägyptischen Armee erhalten habe. Eine offizielle Note wird dem Premierminister Sarwat-Pascha überreicht werden.
Das ägyptische parlamentarische Komitee hat vorgeschlagen, den Sirdar, d. h. den britischen Oberkommandierenden der ägyptischen Armee, abzusetzen. Daraufhin teilte Lord Cromer, der Oberkommissar von Ägypten, dem Premierminister Sarwat-Pascha mit, die britische Regierung stehe fest auf dem Standpunkt, daß der Posten eines Sirdar auch in Zukunft von einem britischen Offizier besetzt sein müsse. Englische offizielle Kreise in Kairo sind sehr zurückhaltend, aber nach den Berichten der englischen Presse deutet vieles darauf hin, daß eine ruhige Wendung eintreten würde, wenn die ägyptische Regierung auf ihrem Standpunkt verharrt.
Wie die „Times“ aus Kairo berichtet, kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Krise von den Sozialisten heraufbeschoren ist, um durch eine antibritische Demonstration ihre

eigene Stellung im Lande zu verfestern. In politischen Kreisen glaubt man, daß die Partei Jagul-Pascha entschlossen ist, von ihrem ablehnenden Standpunkte nicht abzugeben. Von Malta aus sind drei Schlachtschiffe gestern Abend nach Ägypten abgegangen. (T. L.)

London, 30. Mai. Der englische Oberkommissar in Ägypten hat heute dem ägyptischen Ministerpräsidenten die angekündigte Note der britischen Regierung überreicht. In Londoner politischen Kreisen ist man über die Entwicklung der Lage besorgt. Die Entsendung der drei Kriegsschiffe ist auch wohlinformierten Kreisen überraschend gekommen. Man weist darauf hin, daß der ägyptische Vorschlag, den Posten des Sirdar abzuschaffen, für England vollkommen unannehmbar ist. Die Entsendung der britischen Kriegsschiffe hat nach Bericht aus Kairo in ganz Ägypten eine neue englandfeindliche Welle ausgelöst. Die ägyptische Propaganda rüdt sich besonders gegen den britischen Oberkommissar Lord Cromer.

Bombenwurf gegen den irischen Staatspräsidenten.

Berlin, 30. Mai. Wie aus Dublin gemeldet wird, wurde gestern nachmittags gegen den irischen Staatspräsidenten sowie gegen den Justizminister auf der Straße eine Bombe geworfen.